

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P. XVIII/234

Bonn, den 10. Dezember 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Das große Unbehagen

73

Die ersten Lehren aus dem Prozeß in Salw

Von G. Markscheffel

2

Neue Wege in Hamburg

21

Demokratisierung der Verwaltung und des öffentlichen Lebens

3

Nationale Minderheiten in der UdSSR

51

Das Schicksal der Deutschen und Juden

4 - 5

Katholische Kirche in dieser Zeit

91

Nach dem Konzil in Rom

Von Peter Nellen, MdB

6 - 7

Das Konzil in evangelischer Sicht

61

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB

Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

---

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Das große Unbehagen

### Die ersten Lehren aus dem Prozeß in Calw

G.M. - Nur wenige Tage dauert jetzt der Prozeß in Calw, bei dem geklärt werden soll, wer in der inzwischen aufgelösten Palschirmjägerkompanie von Nagold für Rekrutenmißhandlungen verantwortlich ist, aber schon beschleicht den Prozeßbeobachter ein großes Unbehagen. Wichtige Zeugen fallen um, die in der Voruntersuchung unmenschliche Schikane offen zugegeben haben. Man gewinnt den Eindruck, daß ein Teil der Zeugen seit ihrer Vernehmung plötzlich einen ganz anderen Blick für ihre Ausbildung bekommen haben, als sie ihn ursprünglich schilderten.

Fast alle sind sie inzwischen Befreite geworden, wobei sich unwillkürlich die Frage aufdrängt, wer die Verantwortung für die Beförderung von Leuten hat, die ganz offensichtlich entweder an Gedächtnis und Leiden oder keine Vorstellung von dem Begriff "Bürger in Uniform" haben. Auf alle Fälle sind sie jetzt Vorgesetzte ...

Hat man sich schon vor Beginn des Prozesses in Calw gefragt, warum kein Offizier auf der Anklagebank sitzt, so muß jetzt erst recht diese Frage wiederholt werden. Bemerken wurde inzwischen festgestellt, daß zwei Rekruten beim diensthabenden Offizier wegen der Schinderei eines ihrer Kameraden Beschwerde eingelegt hatten und daß dieser Offizier die Schinderei dann abstellte.

Dies deutet doch ohne Zweifel darauf hin, daß mindestens der betreffende Offizier gewußt hat, daß Rekruten geschunden wurden. Warum erfolgte keine Meldung? Warum geschah nichts, um die Verantwortlichen zu bestrafen?

Bei den Voruntersuchungen hat sich ergeben, daß auch Gesundheitsschädigungen feststellbar gewesen sein müssen. Es gibt Krankenreviere bei der Truppe; es gibt Truppenärzte. Hat man niemals daran gedacht, die Krankenberichte mit den Schindereien in Verbindung zu bringen?

Gewiß, die Grundausbildung eines Rekruten ist kein Sonntagsspaziergang, aber wenn wochen- und monatelang sinnlose Schindereien in einer Truppe fast zur Tagesordnung werden, und erst nach dem Tode eines Soldaten durchgegriffen wird, dann stimmt irgendetwas nicht.

Wir haben in Calw gehört, die Rekruten seien auch über ihr Beschwerderecht unterrichtet worden. Gleichzeitig vernahmen wir jedoch, daß man dem Rekruten nicht gesagt hat, wie eine Beschwerde abgefaßt wird. Nun könnte man annehmen, daß ein 20-jähriger mindestens eine Ahnung davon hat, wie man so etwas macht. Trotzdem ist die Vorstellung grauenhaft, daß sich niemand in der Truppe ernsthaft dieser jungen Menschen angenommen hat, um sie darüber zu belehren, wie sie ihre Rechte wahren können.

Oder haben die jungen Menschen sich deswegen nicht beschwert, weil sie befürchten mußten, dann noch mehr geschunden zu werden? - Beide Überlegungen bestärken nur das große Unbehagen, das trotz dem mit aner kennenswerter Offenheit in Calw geführter Prozeß über uns alles lastet.

Uns scheint, daß alle diese Dinge viel tiefer liegen, als man vielleicht bisher angenommen hat. Dieser Tage wurde in Stade ein 44-Jahre alter Hauptmann der Bundeswehr wegen entwürdigender Behandlung und Mißhandlung Untergebener zu fünf Monaten Gefängnis verur-

teilt. Die Strafe wurde für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Wie es heißt, war der Hauptmann im Augenblick der Strafhandlungen betrunken. Der Disziplinarvorgesetzte des Hauptmanns nannte den Verurteilten vor Gericht jedoch einen "korrekten Offizier, dessen Verhalten eine absolut einmalige Entgleisung ist".

Seit wann ist eine Offizier "korrekt", wenn er sich so betrinkt, daß er angeblich nicht mehr weiß, wo seine Grenzen im Umgang mit Untergebenen sind? Man stelle sich vor, derselbe Mann betrinkt sich in ähnlicher Weise auch in einer für die Verteidigung wichtigen Situation und tut genau in diesem Augenblick etwas, das nicht wieder gut zu machen ist. Würde sich dann auch der Disziplinarvorgesetzte hinstellen und sagen können, es handele sich um einen "korrekten Offizier"?

Am Montag dieser Woche hat ein Feldwebel in der Kaserne von Sonthofen mit einer *P r i v a t* pistole einen Gefreiten aus nächster Nähe erschossen und dann mit derselben Waffe Selbstmord verübt. Angeblich soll der Bluttat der Streit um ein Mädchen zugrunde liegen. Frage: Seit wann tragen Feldwebel der Bundeswehr in der Kaserne *P r i v a t* waffen?

Man kann sagen, es handele sich hierbei um Einzelfälle, die auf menschliches Versagen zurückzuführen sind. Trotzdem bleibt die Frage offen, ob in jeder Beziehung der Aufsichtspflicht durch Offiziere in der Truppe genüge getan wird.

Das alles ist sehr bedrückend, aber kein Grund zum herzungelosen Schimpfen auf die Bundeswehr oder ihrer globalen Verurteilung. Diese Bundeswehr ist noch sehr jung; sie wurde unverhältnismäßig schnell aufgebaut und die Folge davon sind fast unvermeidliche Pöhlleistungen an dieser oder jener Stelle. Nachdem der Prozeß in Calw nun einmal über die Bühne geht, sollte man alle dort zutage tretenden Merkwürdigkeiten gründlich analysieren und dann in aller Ruhe die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Hoffentlich sieht man aber jetzt im Bundesverteidigungsministerium ein, daß es falsch war, Warner vor Fehlentwicklungen gleich als "Gegner der Bundeswehr" oder gar "Kommunisten" abzustempeln.

+ + +

#### Neue Wege

sp - Bei der Generaldebatte zum Hamburger Haushaltsplan sind in der Bürgerschaft bemerkenswert neue Vorstellungen zur Verwaltungsreform und zur Demokratisierung des öffentlichen Lebens entwickelt worden. Das überaus vielschichtige Problem der Beziehungen vom Bürger zur Verwaltung soll nach Vorschlag von Bürgermeister Dr. Nevrnann (SPD) in einer Weise behandelt werden, die es dem Bürger erlaubt, die immer komplizierter werdenden Arbeitsabläufe und Aufgaben der Verwaltung in Verbindung mit der Gesetzgebung zu überschauen. Zu diesem Zweck will der Senat einen Planungsstab bilden, der das Zusammenwirken von Regierung, Verwaltung und gesetzgebender Körperschaft sicherstellt. Dazu gehört auch eine kritische Prüfung jener Aufgaben, die nicht unbedingt dem Wesen einer städtischen Lebensgemeinschaft entsprechen. Der Planungsstab soll auch darüber wachen, daß die Verwaltung mit ihren technischen Ausrüstungen und mit ihrer Besoldung mit der freien Wirtschaft konkurrieren kann. Dr. Nevrnann will ferner eine tiefgreifende Ausbildung mit dem Ziele der Menschennführung in der Verwaltung sicherstellen. Die Führungskräfte und die Mitglieder der Personalräte sollen zu diesem Zweck in Kursen zusammengefaßt werden. Im ganzen zielen die Vorschläge des Hamburger Senats darauf ab, zwischen Bürgern und Regierung ein Verhältnis entstehen zu lassen, das der Festigung der demokratischen Gemeinschaft dient.

## Nationale Minderheiten in der UdSSR

### Das Schicksal der Deutschen und Juden

sp - Die deutsche Minderheit in der Sowjetunion kann sich jetzt etwas freier bewegen - selbstverständlich immer nur im engen Rahmen kommunistischer Kontrolle und Doktrin. Als im Kriege die Wolga-Deutschen, einschließlich der Kommunisten deutscher Abstammung, aus Sicherheitsgründen nach Sibirien verschickt wurden, hatte ihre bisher autonome Republik zu bestehen aufgehört. Seither verfügen sie über kein geschlossenes Sprechgebiet mehr, wurden aber größtenteils in Südwest-Sibirien und in Kasachstan angesiedelt.

#### Deutsch als Muttersprache

Die Deutschen - ihre Zahl wird heute auf anderhalb Millionen geschätzt - werden nun wieder als nationale Minderheit anerkannt. In Moskau erscheint die deutschsprachige Wochenzeitung "Neues Leben". Trotz großer Schwierigkeiten gelang es, in Gebieten mit ausreichender Siedlungsdichte wieder eigene Schulen zu errichten. Das Deutsche wird dort nicht als Fremdsprache gelehrt, sondern als Muttersprache gepflegt. Die in Sibirien lebenden Deutschen haben ihre eigene Lokalzeitung, die "Rote Fahne", die in Slawgorod erscheint. Rundfunksender in Alma-Ata, Zelinograd und anderswo verbreiten deutschsprachige Programme. Eine literarische Zeitschrift, "Hand in Hand", bietet deutschen Schriftstellern Gelegenheit, in ihrer Muttersprache zu schreiben. Diese Fortschritte bringen den Deutschen allmählich jene Rechte zurück, die auch anderen nationalen Minderheiten eingeräumt werden.

#### Unverständliche Ausnahme

Obwohl sich weit über zwei Millionen Sowjetbürger zur jüdischen Nationalität bekennen und etwa 500 000 Personen das Jiddische zur Muttersprache haben, wird diese Minderheit von den Behörden aus unverständlichen Gründen eindeutig zurückgesetzt. Was Deutschen, Usbeken, Jakuten, Barjaten, Kalmyken und anderen zugebilligt wird, wird den Juden in der Sowjetunion immer noch das Recht auf ihre eigene Kultur vorenthalten. Immerhin sind seit dem Tode Stalins einige zaghafte Schritte in der guten Richtung unternommen worden. Zwar gibt es immer noch keine jiddischen Schulen, kein ständiges Theater, keine Chöre oder Orchester. Aber seit 1959 bis 1963 sind immerhin fünf Bücher verstorbener jüdischer Autoren, eine Anthologie und ein russisch-hebräisches Wörterbuch erschienen. Seit 1963 gibt es ferner neben dem lokalen fernstädtlichen "Birobidschaner Schtern" eine Literaturzeitschrift, "Sowjetisch Heimland", die alle zwei Monate herauskommt.

#### Auferstehung oder Scheinexistenz?

Hält man diese ermutigenden Fortschritte der Tatsache gegenüber, daß von 1948 bis 1959 kein einziges jiddisches Buch erscheinen durfte, ist man versucht, von einer Auferstehung der jüdischen Kultur zu sprechen. Berücksichtigt man dagegen, daß beispielsweise allein im Jahre 1932 653 jiddische Bücher in großer Auflage herauskamen, wird deutlich daß noch ein weiter Weg bis zur Wiederherstellung des einst so reichen kulturellen Lebens der jüdischen Minderheit in der Sowjetunion zurückzulegen ist.

Die frappante kulturelle Zurücksetzung der Juden selbst gegenüber der keineswegs privilegierten deutschen Minderheit ist jedoch nur ein Aspekt des Problems. Die auffällige Zur-Schau-Stellung von Juden als Wirtschaftsverbrecher, Schieber und Saboteure wie auch die peinlichen Beschränkungen des religiösen Lebens lösen in der ganzen Welt lebhaftes Besorgnis aus.

### Katholische Kirche in dieser Zeit

Nach dem Konzil in Rom

Von Peter Nellen, MdB

Die zweite Sitzungsperiode des zweiten Vatikanischen Konzils ist am 4. Dezember zu Ende gegangen. Zwei Dekrete über die Ordnung des Gottesdienstes - die Liturgie - und über die modernen Massenkommunikationsmittel - Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film - sind verabschiedet und durch den Papst in Kraft gesetzt worden. Dieser Erfolg, in den Akten des Konzils niedergelegt, scheint auf den ersten Blick mager. Doch das täuscht. Wenn man die Würde und das Gewicht der Tradition in Betracht zieht, die in der Welt die Geltung der römischen Liturgie und damit des Lateinischen verkörpert, so erscheinen die Reformen und der in ihnen waltende Geist doch höchst bedeutsam. Dem Biblischen, der Verkündigung in der Landessprache und der Bedeutung der Predigt ist in entscheidender Weise Raum gegeben. Es kommt hinzu eine große Freiheit, die religiöse Formensprache der einzelnen Völker und Kulturkreise bis hin zum kultischen Tanz und uralter Musik in den Ländern Afrikas und Asiens in den Gottesdienst einzufügen. Eine gewisse Entlateinisierung bedeutet Aufgeschlossenheit für das Eigenleben aller Kontinente; eine Sprengung ausschließlich europäischer Traditionen, die sich als hinderlich und fesselnd erwiesen haben und den entschiedenen Willen lebensnaher Verkündigung an alle Völker und in neu sich bildende Gesellschaften hinein, von denen man Antwort auf die christliche Botschaft erwartet.

Das ist weltweiter Katholizismus, der sich nicht mehr bindet an ausschließlich abendländische Traditionen, sondern die Einheit des Glaubens und der Sittenordnung sowie die Unveränderlichkeit der Sakramente in größtmöglicher Freiheit und Vielfalt ausdrücken will. Innerhalb der stürmisch zusammenwachsenden Menschheitsfamilie will der Katholizismus nicht mehr als ein manchmal befremdlicher Eindringling verstanden werden. Die Kirche kann sich auf das anspruchsvolle, verpflichtende Wort des Herrn berufen: "Geht hin und predigt *a l l e n* Völkern!" Intensität und Anziehungskraft der Kirche werden dadurch in einem kaum zu überschätzender Maß gewinnen.

Die modernen, ungeheuer wirksamen Massenmittel allgemeiner Information und öffentlicher Meinungsbildung durch Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film sollen auch der christlichen Verkündigung dienen. Vielleicht ist die Art, wie über sie gesprochen wird, noch etwas allgemein und im Stil traditionell. Hier wird es auf die praktischen Auswirkungen ankommen. Die Katholiken sind aufgerufen, sich ihrer Verantwortung bewußt und wirksam zu bedienen. Dabei wird deutlich, welche ungeheure moralische Verantwortung im Umgang mit diesen Kommunikationsmitteln liegt. Wahrheit, Anerkennung von Sittennormen, wie sie allen Menschen guten Willens eigen ist, Verantwortung für ein weltweites Allgemeinwohl nach den Gesetzen der Gerechtigkeit, der aktiven Zusammenarbeit und der Freiheit sind hier bestimmend. Das ist nicht wenig.

Noch bedeutsamer aber ist, daß sich in den Beratungen der Konzilsväter während der zweiten Periode der Kirchenversammlung ein Sich-Kennenlernen, ein Gespräch, ein weltweiter Gedankenaustausch fortgesetzt hat. Sie machen nicht Halt vor dem bisher so ausgespro-

chen zentralistischen Stil der Römischen Kurie, dem Regierungs- und Verwaltungsorgan des Papstes. In einem großartigen Pendelschlag ergänzt die katholische Kirche das, was sie auf dem ersten Vatikanischen Konzil über das Papsttum gesagt hat durch eine ausgleichende Betonung der biblisch begründeten Kollegialität der Bischöfe der ganzen Welt. Die etwas schlagwortartig gefärbten Worte über die "Aufwertung des Bischofamt" und eine "Demokratisierung" der Kirche geben das nur ungenau und unscharf wieder. Wichtiger ist, daß den Bischöfen sehr bedeutsame Vollmachten, die ihnen bisher immer nur für fünf Jahre gegeben wurden, für dauernd erteilt worden sind. Eine Welt-Bischofskonferenz als Zwischenorgan zwischen dem Papst und der Kurie scheint in Aussicht.

Noch bedeutsamer aber sind die Beratungen über den weltweiten Charakter des Christentums, der Kirche und entsprechender Bewegungen, Gespräche und Einigungsbewegungen. Das Stichwort lautet Ökumenismus. Sie können sich nur entfalten auf der Ebene der vollen Religions- und Gewissensfreiheit in der ganzen Welt und in einer radikal begabten und praktizierten Toleranz, bei aufrechterhaltenem Anspruch auf Gültigkeit christlicher Wahrheit. Das Verhältnis zu anderen Weltreligionen kann nur durch Offenheit, wahre Achtung und grundständige Methoden der Missionierung bestimmt sein. Hochbedeutsam sind die Vorlagen bezüglich der Verurteilung jeder religiösen und rassistischen Diskriminierung und Verfolgung. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß eine weit über tausendjähriger Schuld des Christentums und der so lange Zeit führenden und alleinverantwortlichen katholischen Kirche gegenüber dem Judentum beendet wird. Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, daß von einigen Vätern "Zweckmäßigkeitgesichtspunkte" geltend gemacht wurden, die nach den Erfahrungen der neuesten Geschichte keine Rolle mehr spielen dürften.

Das praktische Zusammenleben von Christen verschiedener Bekenntnisse und ebenfalls von Christen und Nichtchristen ist bis zu den Fragen der konfessionell gemischten Ehen hart und entschieden diskutiert worden. Die Frage nach unzumutbaren Forderungen und Gewissensbelastungen wurde besonders von den deutschen und nordamerikanischen Bischöfen kühn und großzügig gestellt.

Die Christen in Deutschland, nicht nur die deutschen Katholiken, haben mit großer Aufmerksamkeit und Befriedigung zur Kenntnis genommen, welchen einen bedeutenden Anteil gerade auch der deutsche Episkopat daran hat. Die deutschen Bischöfe haben nicht nur eine glänzende Theologie, sondern auch eine große, verantwortungsbewußte Erfahrung und eine vorbildliche Aufgeschlossenheit mit ins Konzil gebracht. Im Ursprungsland der Reformation kann es eigentlich nicht anders sein. Die Fortsetzung des Konzils im nächsten Jahr darf mit großen realistischen Aussichten erwartet werden.

### Das Konzil in evangelischer Sicht

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB

Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Das zweite Vatikanische Konzil hat einen erstaunlichen Verlauf genommen. Galt nicht bisher die katholische Kirche als eine völlig geschlossene Größe der Einmütigkeit im Denken und Wollen? Dieses Konzil hat in der Ernsthaftigkeit und Tragweite seiner Meinungsverschiedenheiten das Gegenteil erwiesen.

Galt nicht bisher die katholische Kirche als eine unwandelbare Institution? Auch in dieser Hinsicht hat das Konzil durch seine Anpassungen der Kirche an neuere Erkenntnisse das Gegenteil dargetan.

Noch liegen die abschliessenden Ergebnisse des Konzils nicht vor. Es wird 1964 fortgesetzt werden. Manche der aufgeworfenen Fragen sind über Anläufe noch nicht hinausgediehen und werden erst später ihre Antwort finden. Dazu gehören zwei Fragen, die uns besonders berühren.

- \* Wird die katholische Kirche hinsichtlich der konfessionellen Mischehen zu früheren Verhaltensweisen zurückkehren und auch die evangelische Trauung evangelischer und katholischer Partner als gültige Ehe anerkennen?
- \* Wird sie den Druck der Kirchenzucht auf den katholischen Partner hinsichtlich der Kindererziehung lockern?

Kardinal **F r i n g s** (Köln) und andere Konzilsväter sprechen sich für solche Entscheidungen aus. Aber das Konzil ließ diese Frage noch offen.

Wird die katholische Kirche sich zur Glaubensfreiheit bekennen? Bisher vertrat sie den Standpunkt, daß es diese Freiheit grundsätzlich nur für Katholiken geben dürfe, wenngleich die Umstände in den einzelnen Staaten es gebieten können, auch andere Gottesdienste zu dulden. Namhafte Sprecher aus verschiedenen Ländern, darunter aus den USA, forderten ein Bekenntnis zur Glaubensfreiheit. Die Entscheidung wird erst im nächsten Jahr fallen.

In den eigentlichen dogmatischen Fragen, derenwegen sich im 16. Jahrhundert die kirchliche Spaltung ereignete, hat sich zwar unverkennbar die Atmosphäre verbessert, aber eine Einigung in der Sache bisher nicht aufgetan.

Nachdem noch für die Dauer der Versammlung der im Weltkirchenrat verbundenen protestantischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen in Evanston bei Chicago (USA) im Jahre 1954 allen katholischen Theologen durch den Kardinal von Chicago der Aufenthalt in Evanston untersagt wurde, nahmen an der Versammlung des Weltkirchenrates 1961 in Neu-Delhi (Indien) erstmalig offizielle Beobachter der katholischen Kirche teil. Auch wurden zum zweiten Vatikanischen Konzil ebenfalls solche Beobachter der nicht-katholischen Kirchen eingeladen.

Das alles bedeutet aber noch keine Anerkennung der nicht-katholischen Kirchen als Kirchen. Nach wie vor steht die katholische Kirche auf dem Standpunkt, daß sie allein christliche Kirche sei, und daß es eine Vereinigung der Christenheit nur in Anerkennung ihrer Dogmen und der Lehrgewalt ihres Oberhauptes, des Papstes, geben könne. Von daher bleibt die Frage bestehen, ob es eine reale Chance zu einem auf Gleichberechtigung und Gleichachtung beruhenden Dialog unter den Kirchen geben kann. An Kompromissen besteht von keiner Seite ein Interesse, weil es um letzte Wahrheitsfragen geht. Wir können nur hoffen, daß Christus als der von allen Kirchen gemeinsam bezeugte Herr selber weiterhilft.

Besonders dankenswert ist die auf dem Konzil aufgebrochene Absage an die jahrhundertelange Diffamierung der Juden als den Verantwortlichen für die Kreuzigung Christi, in die wir uns alle einzuschließen haben.

Das Vatikanische Konzil, einerlei wie es letztlich ausgeht, ruft auch die protestantischen Kirchen zu neuer Besinnung und zur Antwort auf die in Rom erfolgte Anrede. Diese Antwort wird auch aus Deutschland erfolgen.